

**Postulat Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas, SP): Direktaufnahme von Geflüchteten aus Seenotrettungen**

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen». Das steht in Artikel 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, auch UN-Menschenrechtscharta genannt, die 1948 nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs mit Millionen von Toten und Flüchtlingen verabschiedet worden ist.

Es ist 70 Jahre her, als diese Erklärung formuliert wurde. Doch täglich werden die Menschenrechte missachtet – auch in Europa. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, dass jeder das Recht hat, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu erhalten. Jedoch wird vielen Geflüchteten der Zugang zu anderen, sicheren Ländern verunmöglicht. Täglich sterben Menschen im Mittelmeer, beim Versuch in ein sicheres Land zu gelangen. Die europäischen Länder im Süden werden mit den Problemen alleingelassen und schon lange ist eine europäische Lösung überfällig. Schiffe, die zu Seenotrettung bereitstünden, werden daran gehindert auszulaufen bzw. mit geretteten Geflüchteten an Bord in Häfen einzulaufen. Die Menschenrechte werden mit Füßen getreten und ausgehöhlt, obwohl sie von den meisten Nationen ratifiziert worden sind.

Schutzsuchende müssen Zugang haben zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in Europa. Statt nationaler Alleingänge an den Grenzen und in den Häfen bedarf es einer solidarischen Aufnahme, bei der den Staaten an den südlichen Aussengrenzen Europas nicht die alleinige Verantwortung für die Asylsuchenden zugeschoben wird. Die dramatisch zugespitzte Situation am und im Mittelmeer erfordert unsere Solidarität und endlich wirksame Schritte, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Überfahrt in den nächsten europäischen Hafen zu ermöglichen. Danach sollen sie in verschiedene Staaten Aufnahme finden. Wenn selbst wohlhabende Nationen ihre Grenzen für Geflüchtete verschliessen, werden andere Staaten dem Beispiel folgen. Es soll eine verantwortungsvolle Politik der sicheren Fluchtrouten und offenen Häfen in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden.

Mit dem interfraktionellem Postulat (2016.SR.000112) wurde eine «Direktaufnahme von Geflüchteten, jetzt!» bereits verlangt und der Gemeinderat hat sich bereiterklärt, alleine oder im Rahmen bestehender Gefässe beim Bund für die Aufnahme zusätzlicher Resettlement-Flüchtlinge einzusetzen. Auch im Postulat der Freien Fraktion «Die Stadt Bern soll Zufluchtsstadt werden und sich dem europäischen Netzwerk anschliessen» (2016.SR.000268) steht in der Antwort des Gemeinderats, dass das Anliegen von der Städtekonferenz Sozialpolitik aufgenommen worden ist und diskutiert wird.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien, bspw. via Städteverband oder direkten Gesprächen mit dem Bund, dafür einsetzen kann, dass geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufgenommen werden. Bern soll sich dabei in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Bern, 30. August 2018

*Erstunterzeichnende: Katharina Altas*

*Mitunterzeichnende: Nadja Kehrl-Feldmann, Peter Marbet, Ayse Turgul, Mohamed Abdirahim, Laura Binz, Bernadette Häfliger, Fuat Köçer, Barbara Nyffeler, Johannes Wartenweiler, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lena Sorg, Michael Sutter, Nora Krummen, Edith Siegenthaler, Yasemin Cevik, Benno Frauchiger*